

Germany-Berlin: Engineering services
OJ S 191/2023 04/10/2023
Contract notice – utilities
Services

Legal Basis:

Directive 2014/25/EU

Section I: Contracting entity

I.1. Name and addresses

Official name: Berliner Verkehrsbetriebe, Bereich Einkauf/ Materialwirtschaft

Postal address: Holzmarktstraße 15-17

Town: Berlin

NUTS code: DE300 Berlin

Postal code: 10179

Country: Germany

E-mail: Einkauf.3@bvg.de

Internet address(es):

Main address: <https://vergabekooperation.berlin>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18ada2d5ed2-7e3bc04c79f0910d

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via:

https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18ada2d5ed2-7e3bc04c79f0910d

I.6. Main activity

Recreation, culture and religion

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

U Platz der Luftbrücke - Tunnelsanierung OP + TP

Reference number: INF1-0665-2023

II.1.2. Main CPV code

71300000 Engineering services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

U Platz der Luftbrücke - Tunnelsanierung OP + TP

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE300 Berlin

Main site or place of performance: Berlin

II.2.4. Description of the procurement

Der U-Bahnhof Platz der Luftbrücke ist Teil der heutigen Linie U6, die in Nord-Süd-Richtung vom Ortsteil Tegel über die Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg bis zum Ortsteil Mariendorf verläuft.

Der U-Bahnhof wurde am 14. Februar 1926 unter dem Namen Kreuzberg als erste Station des Tempelhofer Abzweigs der damaligen Linie C eröffnet. Von 1937 bis 1975 wurde der Bahnhof unter dem Namen Flughafen geführt, da sich durch den Neubau des Flughafens Tempelhof der Hauptzugang zum Flughafengebäude verschob.

Die stützenlose Bahnsteighalle wurde in 1,5-facher Tiefenlage mit zwei Vorhallen in den Zwischengeschossen errichtet. Von der Vorhalle I im Norden führt eine Treppenanlage, die eine historische Treppenumwehung samt rekonstruiertem Leuchtttransparent besitzt, östlich auf den Mehringdamm (I/2). In der ursprünglichen Planung war ein zweiter Zugang auf der westlichen Seite vorgesehen, der aber nicht ausgeführt wurde. Vor dem Umbau 1956 führte von der im Süden gelegenen Vorhalle II eine Treppenanlage westlich zur Dudenstraße (II/1) und eine zweite südlich zum heutigen Platz der Luftbrücke (II/2).

Bei der genannten Umbaumaßnahme wurden die beiden Zugänge zur Vorhalle II verlegt und erhielten eine Überdachung, die auf drei Seiten durch eine Stahl-Glaskonstruktion abgeschlossen ist. Ein zusätzlicher Zugang östlich in Richtung Columbiadamm (II/4) wurde in gleicher Ausführung errichtet.

Im Zuge des aktuell stattfindenden barrierefreien Ausbaus und der Grundinstandsetzung erhält der Bahnhof eine Aufzugsanlage samt neuem Zugang (II/3).

Der Bahnhof Platz der Luftbrücke steht unter Denkmalschutz.

Anlass für diese Instandsetzungsmaßnahme ist die Weiterführung der momentan stattfindenden Betoninstandsetzung und Stahlсанierung der Decke über der Vorhalle II.

Die Tunnelsanierung umfasst eine Stahlсанierung und umfangreiche Betoninstandsetzung der Decken der Vorhalle I, der Zugänge (I/2, II/1, II/2, II/4) und der angrenzenden Nebenräume sowie der erdberührten Wände. Ziel ist die Standsicherheit, Gebrauchstauglichkeit und Betriebssicherheit durch Beseitigung von Schäden und deren baulicher Ursachen zu erhalten und dies nach Abschluss aller Arbeiten für mindestens 30 weitere Jahre zu garantieren.

Vor dem Hintergrund der hohen Anforderungen an die zeitgerechte, qualitative und wirtschaftliche Planungsdurchführung beauftragt die BVG mit dieser Ausschreibung auf Basis der HAOI 2021 ein Planungsbüro.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 14

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Für die Eignungsprüfung hat der Bieter/Bewerber für sich und ggf. für Nachunternehmer seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachzuweisen.

Der Nachweis der Eignung muss durch I. Erklärung zu III.1.1 der Bekanntmachung - Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister erfolgen.

Eigenerklärung:

1. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB
2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB
3. Erklärung zum SchwarzArbG und AEntG, MiLoG und AufenthG
4. Erklärung zum KRG

5. Erklärung zur Höhe der Haftpflichtversicherung (Personen-, Sach-, Vermögens- und Umweltschäden)

Auf Verlangen des Auftraggebers sind die Eigenerklärungen durch Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt (Eigenerklärung zur Eignung) liegt den Vergabeunterlagen bei.

Die entsprechenden Erklärungen sind den Vergabeunterlagen beigelegt.

Für Bewerber-/Bietergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied auszufüllen, zu unterschreiben und einzureichen. Dasselbe gilt für mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot benannte Nachunternehmer.

Beabsichtigt der Bewerber/Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bewerber/Bieter eine auch für den (jeweiligen) Eignungsleihgeber eine zutreffende Eigenerklärung für dieses Unternehmen vorlegen sowie seine tatsächliche Zugriffsmöglichkeit auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des Eignungsleihgebers nachweisen. Für die Verpflichtungserklärung des Eignungsleihgebers ist das in den Vergabeunterlagen enthaltene Formular "Verpflichtungserklärung" zu verwenden.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Folgende Angaben und Formalitäten, zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit, sind erforderlich:

II. Erklärung zu III.1.2 der Bekanntmachung - Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

1. Erklärung zu Umsätzen

- Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren
- Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, der auf Leistungen entfällt, die mit den vorliegenden Leistungen vergleichbar sind

Auf Verlangen des Auftraggebers sind die Eigenerklärungen durch Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt (Eigenerklärung zur Eignung) liegt den Vergabeunterlagen bei.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Folgende Angaben und Formalitäten, zur technischen Leistungsfähigkeit, sind erforderlich:

Folgende Nachweise/Erklärungen, sind zusätzlich zum Formblatt (Eigenerklärungen zur Eignung bzw. Eigenerklärung Fachkundenachweis) mit dem Angebot vorzulegen:

Erklärung zu III.1.3 der Bekanntmachung - Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

1. Unternehmensreferenzen des Bewerbers über vergleichbare Leistungen gemäß Formblatt:

- Es sind zwei Referenzen, bei denen Leistungen der Objektplanung gem. HOAI, sowie eine Referenz, bei der Leistungen der Instandsetzungsplanung gem. BVG Leitfadens zur Instandsetzung der Ingenieurbauwerke, sowie eine Referenz, bei der Leistungen der Tragwerksplanung gem. HOAI beplant wurden, nachzuweisen. Die Projekte müssen für Tunnel- und Trogbauwerke oder Untergrundbahnhöfe, im Bestand, im innerstädtischen Bereich und unter laufendem Bahn- bzw. Fahrgastbetrieb erbracht worden sein. Diese Kriterien sind ein Mindestkriterium. Sie müssen erfüllt werden. Werden diese Kriterien nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden. Nicht eingereichte Referenzen führen auch zum Ausschluss des bewerbenden Unternehmens.
- Es werden bei der Objekt-, Instandsetzungs- und Tragwerksplanung nur Referenzen zugelassen, bei denen es sich um Tunnelinnensanierung handelt. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird dieses Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.
- Die erste Referenz der Objektplanung sowie die Referenzen der Instandsetzungsplanung und Tragwerksplanung müssen Baukosten von mindestens 3,0 Mio. EUR netto für die Kostengruppen (KG) 300 und 400 umfassen. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird dieses Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.
- Bei der Objektplanung müssen mindestens die Lph. 2-5 erbracht und abgeschlossen worden sein. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird das Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.
- Bei der Instandsetzungsplanung werden die erbrachten Leistungen bewertet, welche den Lph. 1-5 i.S.d. BVG-Leitfadens zur Instandsetzung der Ingenieurbauwerke oder vergleichbar

zugeordnet sind. Es müssen alle Leistungsphasen erbracht und abgeschlossen worden sein. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird das Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.

- Bei der Tragwerksplanung müssen mindestens die Lph. 2-6 erbracht und abgeschlossen worden sein. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird das Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.

- Die Vergabestelle wird unter Verwendung der Wertungsmatrix-Teilnahmewettbewerb die 4 Referenzen bewerten. Sollte der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft mehr als 4 Referenzen einreichen, so richtet sich die Wertung nach der Reihenfolge in dem von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Fachkundenachweis-Teilnahmewettbewerb. Der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft ist angehalten den von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Fachkundenachweis-Teilnahmewettbewerb zu verwenden.

2. Nachweis über die Qualifikation der sachkundigen Planung für Betoninstandsetzung:

- Die Bewerbenden bzw. die Bewerbungsgemeinschaft muss den Nachweis beibringen, dass mindestens eine Person des Unternehmens über die Qualifikation der sachkundigen Planung für Betoninstandsetzung verfügt. Die Sachkunde ist fortlaufend für den gesamten Leistungszeitraum für mindestens eine mitarbeitende Person nachzuweisen. Wird dieses Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.

3. Erklärung zur Anzahl der Mitarbeiter:

- durchschnittliche Gesamtanzahl an Mitarbeitern der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren

- durchschnittliche Anzahl an Mitarbeitern, welche zum zu vergebenden Leistungsgegenstand vergleichbare Leistungen erbringen, hatte/n bzw. habe/n in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren

Hinweis: Für alle unter Punkt III.1.1) bis III.1.3) genannten Nachweise/Unterlagen können auch vergleichbar ausgestellte Bescheinigungen/Nachweise von den zuständigen Stellen/Behörden des jeweiligen Herkunftslandes eingereicht werden.

Das Formblatt (Eigenerklärung zur Eignung und Eigenerklärung Fachkundenachweis) liegen den Vergabeunterlagen bei.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Mindestanforderungen an die einzureichenden Referenzen:

- Es sind zwei Referenzen, bei denen Leistungen der Objektplanung gem. HOAI, sowie eine Referenz, bei der Leistungen der Instandsetzungsplanung gem. BVG Leitfadens zur Instandsetzung der Ingenieurbauwerke, sowie eine Referenz, bei der Leistungen der Tragwerksplanung gem. HOAI beplant wurden, nachzuweisen. Die Projekte müssen für Tunnel- und Trogbauwerke oder Untergrundbahnhöfe, im Bestand, im innerstädtischen Bereich und unter laufendem Bahn- bzw. Fahrgastbetrieb erbracht worden sein. Diese Kriterien sind ein Mindestkriterium. Sie müssen erfüllt werden. Werden diese Kriterien nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden. Nicht eingereichte Referenzen führen auch zum Ausschluss des bewerbenden Unternehmens.

- Es werden bei der Objekt-, Instandsetzungs- und Tragwerksplanung nur Referenzen zugelassen, bei denen es sich um Tunnelinnensanierung handelt. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird dieses Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.

- Die erste Referenz der Objektplanung sowie die Referenzen der Instandsetzungsplanung und Tragwerksplanung müssen Baukosten von mindestens 3,0 Mio. EUR netto für die Kostengruppen (KG) 300 und 400 umfassen. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird dieses Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.
 - Bei der Objektplanung müssen mindestens die Lph. 2-5 erbracht und abgeschlossen worden sein. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird das Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.
 - Bei der Instandsetzungsplanung werden die erbrachten Leistungen bewertet, welche den Lph. 1-5 i.S.d. BVG-Leitfadens zur Instandsetzung der Ingenieurbauwerke oder vergleichbar zugeordnet sind. Es müssen alle Leistungsphasen erbracht und abgeschlossen worden sein. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird das Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.
 - Bei der Tragwerksplanung müssen mindestens die Lph. 2-6 erbracht und abgeschlossen worden sein. Dieses Kriterium ist ein Mindestkriterium. Es muss erfüllt werden. Wird das Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.
- Mindestanforderungen an das Unternehmen des Bewerber bzw. der Bewerbungsgemeinschaft:
- Die Bewerbenden bzw. die Bewerbungsgemeinschaft muss den Nachweis beibringen, dass mindestens eine Person des Unternehmens über die Qualifikation der sachkundigen Planung für Betoninstandsetzung verfügt. Die Sachkunde ist fortlaufend für den gesamten Leistungszeitraum für mindestens eine mitarbeitende Person nachzuweisen. Wird dieses Kriterium nicht erfüllt, kann das bewerbende Unternehmen nicht zur Angebotsabgabe zugelassen werden.

III.1.4. Objective rules and criteria for participation

List and brief description of rules and criteria:

Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt nach den einschlägigen Vorschriften der Sektorenverordnung und des GWB. Der Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge wird folgendes System zugrunde gelegt:

1. Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge summarisch auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass Teilnahmeanträge unvollständig oder fehlerhaft sind, kann der Auftraggeber den Bewerber im Rahmen des rechtlich Zulässigen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, Erklärungen und Nachweise innerhalb einer für alle Bewerber einheitlichen Nachfrist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.
2. Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der mit den Teilnahmeanträgen eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweisen anzufordern.
3. Darauf erfolgt eine Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bewerbers erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes

nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden. Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 AEntG, nach § 98c AufenthG, nach § 19 MiLoG oder nach § 21 SchwarzArbG. Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden. Ein zwingender Ausschluss des Bewerbers erfolgt weiterhin bei Nichterfüllung der aufgestellten Mindeststandards, die sich aus Ziffer III.2.1) bis III.2.3) dieser Bekanntmachung sowie aus der Eigenerklärung "230713_PL_Fachkundenachweis Teilnahmewettbewerb" (Formblatt) ergeben.

4. Daraufhin folgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers, gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bewerber eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise. Der Auftraggeber behält sich zudem vor, im Rahmen des rechtlich Zulässigen, Erfahrungen mit dem Bewerber bei der Bewertung zu berücksichtigen.

5. Alle Bewerber die vorgenannten Eignungskriterien erfüllt haben, werden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bewerber/der Bewerbungsgemeinschaft erfolgt anhand der nachfolgend vorgegebenen Anforderungen. Dazu sind im Rahmen der Einreichung der Teilnahmeanträge folgende Unterlagen einzureichen:

1. Eigenerklärung zur Eignung
2. Eigenerklärung Fachkundenachweis Teilnahmewettbewerb
3. Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft im Falle einer Bietergemeinschaft
4. Verzeichnis der Leistung/Kapazitäten anderer NU
5. Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe
6. Formblatt Frauenförderung

Die vorgenannten Unterlagen sind den Vergabeunterlagen beigelegt.

III.1.6. Deposits and guarantees required

siehe Vergabeunterlagen

III.1.7. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

siehe Vergabeunterlagen

III.1.8. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

Alle Mitglieder der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft werden im Auftragsfall für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Der Auftragnehmer hat gem. Frauenförderverordnung während des Auftrags Maßnahmen zur Frauenförderung durchzuführen oder einzuleiten. Hierzu hat der Bieter mit der Angebotsabgabe eine Erklärung zur Frauenförderung iSd Frauenförderverordnung abzugeben. Darüber hinaus hat der AN die Vorgaben nach dem BerlAVG zu berücksichtigen.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Negotiated procedure with prior call for competition

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 06/11/2023 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 02/04/2024

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1. Der AG ist Sektorenauftraggeber nach § 100 Abs. 1 Nr. 1 GWB und führt hier ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durch. Der AG unterliegt neben dem GWB und der SektVO insbesondere dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz.
2. Durch diese Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb (TNW) begonnen, in dem sich die interessierten Unternehmen mit den in dieser Bekanntmachung angegebenen Angaben, Erklärungen u. Nachweisen um die Aufforderung zur Angebotsabgabe bewerben. Erst eine erfolgreiche Bewerbung mit positiver Eignungsprüfung u. -bewertung durch den AG führt zur Aufforderung zur Angebotsabgabe.
3. Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich unter Nutzung der Funktionalität der Vergabepattform (vgl. Ziff. I.3)) unter Angabe der Bezeichnung der Maßnahme (vgl. Ziff.

II.1.1)) u. des Aktenzeichens INF1-0665-2023 zu erfolgen. Die Bewerber sollen das hierfür vom AG zur Verfügung gestellte Formular verwenden und über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform dem AG übermitteln. Auskünfte während des Teilnehmerwettbewerbs werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum 01.11.2023 an die unter Ziffer I.1) bezeichnete Stelle unter Nutzung der Funktionalität der Vergabeplattform (vgl. Ziff. I. 3)) eingegangen sind.

Der AG wird etwaige Informationen (auch die Formulare) u. Beantwortung von Fragen von Bewerbern zum TNW sowie sonstige Klarstellungen des AG, die das Vergabeverfahren betreffen, auf der Vergabekooperation Berlin veröffentlichen. Der AG empfiehlt daher allen Bewerbern, täglich den vorbenannten Link zum Abruf von aktuellen Informationen u. Klarstellungen des AG sowie Antworten von Bewerberanfragen zum Vergabeverfahren zu nutzen. Die Bewerber sollen die vom AG zur Verfügung gestellten Formulare verwenden, ausfüllen und durch die geforderten Angaben, Erklärungen u. Nachweise ergänzen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend.

4. Mit der Benennung der Referenzen stimmt der Bewerber/ BewGe der Kontaktaufnahme durch den AG zu den jeweiligen Referenzgebern zu.

Zu Kooperationsformen im vorliegenden Vergabeverfahren (s. auch III.1):

5. Sofern eine Bewerbung als BewGe erfolgt, ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der BewGe ausgefüllte Erklärung einzureichen, aus der sich auch die gesamtschuldnerische Haftung (vgl. Ziff. III.1.8) dieser Bekanntmachung) im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher Mitglieder der BewGe, ein bevollmächtigter Vertreter und die Absicht, sich im Fall der erfolgreichen Bewerberauswahl zur Bietergemeinschaft und im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, ergibt. BewGe dürfen nur einen Teilnahmeantrag einreichen.

Die unter Ziffer III.1.1) bis Ziffer III.1.3) benannten Unterlagen sind bei Vorliegen einer Bewerbungsgemeinschaft für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft in einem gesonderten Formular vorzulegen.

Darüber hinaus ist von den Mitgliedern der BewGe bzw. dem Vertreter dieser zu erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht allein um die Auftragsvergabe zu bewerben. Der AG stellt hierzu ein Formblatt (Bewerbungsgemeinschaftserklärung) zur Verfügung. Es kann auf Anlagen verwiesen werden.

6. Beabsichtigt der Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft, sich hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (Dritter /

Nachunternehmer /konzernverbundener Unternehmen) zu berufen (Eignungsleihe), so sind die unter Ziffer III.1.2) bis III.1.3) benannten Unterlagen für die anderen Unternehmen insoweit in einem gesonderten Formular vorzulegen, als die Bezugnahme auf die Leistungsfähigkeit Dritter erfolgt. Zusätzlich hat der Bewerber gesondert mit dem Teilnahmeantrag die Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen vorzulegen, nach deren Inhalt die rechtlich und tatsächlich abgesicherte Verfügbarkeit über die entsprechenden Ressourcen der Dritten nachgewiesen wird. Bei einer Bezugnahme auf Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit ist durch dieses ausdrücklich zu bestätigen, dass es mit dem Bewerber im Auftragsfall gemeinsam für die Auftragsdurchführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haftet. Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf vorzulegende Nachweise/Angaben/Erklärungen für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- oder Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so ist durch dieses ausdrücklich zu bestätigen, dass es die Leistungen als Subunternehmer im Auftragsfall erbringen wird, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

7. Der Auftraggeber hat für die Einreichung der Teilnahmeanträge Formulare erstellt. Diese sind für die Einreichung der Teilnahmeanträge zu verwenden und über die Vergabepattform gem. I.1) herunterzuladen. Die Teilnahmeanträge müssen bis zum Schlusstermin (s. Ziffer IV.2.2)) über die Vergabepattform in Textform eingereicht werden.

8. Erläuterung zum Ablauf:

Die BVG behält sich vor, in einer oder mehreren Runden Verhandlungsgespräche mit den Bietern durchzuführen. Die BVG behält sich ebenso vor, den Zuschlag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben ohne in Verhandlung mit den Bietern zu treten. Ein Anspruch auf Verhandlung besteht nicht. Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen der Verhandlungen über alle Inhalte, insbesondere der Leistungsbeschreibung sowie des Vertragsentwurfs zu verhandeln. Nach Abschluss der Verhandlungen werden den verbliebenen Bietern mögliche Änderungen mitgeteilt und diese verbliebenen Bieter aufgefordert, ihre überarbeiteten verbindlichen Angebote abzugeben. Diese werden dann gemäß der bekanntgemachten Zuschlagskriterien ausgewertet.

9. Datenschutz: Der Bewerber hat die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer geltender Gesetze zum Schutz personenbezogener Daten einzuhalten. Für die Übermittlung personenbezogener Daten an den Auftraggeber

trägt der Bewerber die datenschutzrechtliche Verantwortung und hat entsprechend die Rechtmäßigkeit sicherzustellen (z. B. durch Einholung von Einwilligungen bei Angaben natürlicher Personen).

10. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden EU-weiten Bekanntmachung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird u. der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig oder verändert wiedergegeben wird.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Berlin

Postal address: Martin- Luther- Str. 105

Town: Berlin

Postal code: 10825

Country: Germany

Telephone: +49 30-9013-8316

Fax: +49 30-9013-7613

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

§ 160 GWB

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

29/09/2023